

Björn Allmendinger
Joachim Fähmann
Klaudia Tietze (Hrsg.)

Von Biedermännern und Brandstiftern



VSA:

Rechtspopulismus in Betrieb
und Gesellschaft

Björn Allmendinger/Joachim Fährmann/Klaudia Tietze (Hrsg.)
Von Biedermännern und Brandstiftern

Björn Allmendinger/Joachim Fährmann/Klaudia Tietze (Hrsg.)

Von Biedermännern und Brandstiftern

Rechtspopulismus in Betrieb und Gesellschaft

Hustedter Beiträge zur politischen Bildung, Bd. 6

VSA: Verlag Hamburg



www.hvhs-hustedt.de



| Wolfsburg

www.igmetall-wob.de



www.gelbehand.de

www.vsa-verlag.de

© VSA: Verlag 2017, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Alle Rechte vorbehalten

Umschlagfoto: Marco Jelic

Druck- und Buchbindearbeiten: Beltz Bad Langensalza GmbH

ISBN 978-3-89965-772-2

Inhalt

VOR- UND GELEITWORTE

Heinz-Hermann Witte: Für ein solidarisches Miteinander	8
Hartwig Erb: Wir müssen Antworten finden	10
Giovanni Pollice: Dem rechten Hass entgegenreten!	12
Björn Allmendinger/Joachim Fährmann/Klaudia Tietze Über dieses Buch – ein Geleitwort	14

GRUNDLAGEN: RECHTSPOPULISMUS IN DEUTSCHLAND

Alexander Häusler/Rainer Roeser Rechtspopulismus: Entwicklung und aktuelle Erscheinungsformen in Deutschland	18
Harald Kolbe Warum wirkt die Ideologie des Rechtspopulismus?	29
Tammo Grabbert Die Deutschlandabschaffer – von Sarrazin zur AfD	36
Zur Genese rechtspopulistischer Argumentationsmuster in Deutschland	
Tim Ackermann Der Antisemitismus der AfD	52
Ulrich Eith Die AfD in Baden-Württemberg. Mehr als nur politischer Protest?	64
Jan König/Mirko Kurmann Wie erklärt sich der Erfolg der AfD im ländlichen Raum?	73
Rechtspopulismus in Mecklenburg-Vorpommern	

RECHTSPOPULISMUS IN BETRIEB UND GESELLSCHAFT

Katharina Nocun Einmal Parallelgesellschaft und zurück	86
Das Beispiel Berlin	
Thomas Leif AfD-Strategie – Was wollen die Rechtspopulisten?	94

Sebastian Fischer	
Prävention gegen Rechtspopulismus	103
Möglichkeiten und Grenzen der schulischen Bildungsarbeit	
Horst Lahmann	
Präventionskonzepte: Ansätze und Perspektiven	110
Mark Haarfeldt	
Die Arbeitswelt im Fokus der AfD	118
Tim Ackermann	
Die wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen der AfD und ihre ordoliberalen Grundlagen	126
Klaus-Peter Hufer	
Argumente gegen rechtspopulistische Stammtischparolen	138

GEWERKSCHAFTLICHE HANDLUNGSMÖGLICHKEITEN

Björn Allmendinger	
Hetzer entlarven – Demagogen entzaubern	146
Handlungsoptionen gegen rechtspopulistische Agitationsversuche	
Ulf Teichmann/Josephin Tischner/Kai Venohr	
Rechtspopulismus als Herausforderung für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit	164
Erfahrungen aus einem DGB-Projekt	
Roger Müller/Birgit Neumann	
Handlungsfähig im Betrieb	174
Rassistischen und rechtsextremen Einstellungen entgegenzutreten	
Thorsten Gröger/Sascha Howind	
AfD, Pegida & Co. nicht das Feld überlassen	181
Gewerkschaftliche Handlungsstrategien gegen den Rechtspopulismus	
Joachim Fährmann/Kati Zenk	
Klare Kante gegen Rechtsextremismus	188
Dietrich Burggraf	
Haltung zeigen! Aufrecht gehen! Ein Nachwort	196

ANHANG

»Arbeitnehmer«-Organisationen der AfD	205
Autorinnen und Autoren	227

Tim Ackermann

Die wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen der AfD und ihre ordoliberalen Grundlagen

Die gewerkschaftlichen Kernklientel der Arbeiter und Arbeitslosen sowie Gewerkschaftsmitglieder insgesamt haben bei den Landtagswahlen 2016 und 2017 überdurchschnittlich häufig die AfD gewählt.¹ Bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen haben 17% der Arbeiter und 12% der Arbeitslosen ihre Stimme der AfD gegeben (vgl.: Infratest Dimap 2017). Dies wirft die Frage auf, ob die AfD das Potenzial hat, eine »Partei der Arbeiter« (TAZ, 25.1.2017) oder die Partei einer »Arbeiterbewegung von rechts« (Titel einer Konferenz in Jena, 22.-24.6.2017) zu werden.

Zweifellos gibt es Anknüpfungspunkte. So sind in den Betrieben »gesellschafts- und kapitalismuskritische Einstellungen und Urteile (...) weit verbreitet« (Dörre/Matuschek 2013: 43) und diese Kritik ist »heimat- und orientierungslos« (ebd.: 47). Zudem sind »Gewerkschaftsmitglieder (...) ebenso anfällig für Rechtsextremismus wie die Gesamtbevölkerung« (Zeuner et al. 2007: 8) und »bestimmte Stammklientel der Gewerkschaften sind sogar überdurchschnittlich anfällig« (ebd.). Diese Gemengelage begünstigt Formen exklusiver, ausschließender Solidarität und führt zur Unterstützung einer Politik, »die auf Statuserhalt und Schutz der eigenen Lebensweise mittels Flüchtlingsabwehr zielt« (Dörre 2016). In einem Beitrag von Frontal 21 vom 24. Januar 2017 (Frontal 21 2017) lässt sich sehen, wie aus Unmut über soziale Problemstellungen und aus der gefühlten Ohnmacht gegenüber der Politik eine völkische Antwort und eine Wahlentscheidung für die AfD folgen kann. Zugleich gibt es innerhalb der AfD Tendenzen, sich als »Partei des kleinen Mannes« zu präsentieren und sich mittels Arbeitnehmervereinigungen innerhalb der Partei den Arbeitern zuzuwenden.²

Allerdings hat die AfD wirtschafts- und sozialpolitisch abhängig Beschäftigten und Arbeitslosen materiell nicht viel mehr anzubieten als eine

¹ Siehe auch den Beitrag von Björn Allmendinger in diesem Buch.

² Siehe den Beitrag von Mark Haarfeldt in diesem Buch.

Schlechterstellung derjenigen, die »nicht dazugehören«. Sie fährt einen »im Geiste des deutschen Ordoliberalismus stehenden neo(national)liberalen« (Kellershohn 2017: 14) Kurs. Dessen Durchsetzung würde zentrale Errungenschaften der Arbeiterbewegung infrage stellen, wesentliche Bereiche des Sozialstaats schleifen und die Ausgangssituation der abhängig Beschäftigten in der Auseinandersetzung von Kapital und Arbeit über die Verteilung der produzierten Werte erheblich verschlechtern.

Im Folgenden werden zunächst die Grundzüge einer ordoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik als theoretische Grundlage des Programms der AfD dargestellt. Eine besondere Bedeutung hat der Begriff der Sozialen Marktwirtschaft, der in Deutschland sehr positiv besetzt ist und auf den sich auch die AfD als Grundlage ihrer wirtschaftspolitischen Vorstellungen bezieht. Hier soll geklärt werden, was unter dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft, wie es im Grundsatzprogramm der AfD verwendet wird, zu verstehen und wie dieses Konzept mit ordoliberalen Vorstellungen verbunden ist. Im Anschluss daran erfolgt eine Skizzierung der wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen der AfD im Hinblick auf die Folgen, die eine Umsetzung für abhängig Beschäftigte haben würde.

Ordoliberalismus – die deutsche Variante des Neoliberalismus

Das wirtschafts- und sozialpolitische Programm der AfD steht in der Tradition des Ordoliberalismus, der deutschen Ausprägung des Neoliberalismus.³ Der Ordoliberalismus entwickelte sich in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre insbesondere in Auseinandersetzung mit den Ursachen der Weltwirtschaftskrise ab 1929. Auch diese Variante beruht auf dem Glauben an die Selbstregulierung des Marktes sowie positive Effekte einer möglichst schrankenlosen Konkurrenz und zielt auf eine »marktwirt-

³ Der Ordoliberalismus entwickelte sich in der Auseinandersetzung mit Ansätzen des klassischen Liberalismus insbesondere angelsächsischer Prägung und stellte zunächst eine besondere, deutsche Ausprägung desselben dar. Erst in der Auseinandersetzung mit den Ursachen der Weltwirtschaftskrise ab 1929 begann sich ein »neuer« Liberalismus herauszubilden, der ab Ende der 1930er Jahre als Neoliberalismus bezeichnet wurde. Nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelte sich die ordoliberale, deutsche Variante davon in Auseinandersetzung mit anderen Varianten des Neoliberalismus weiter (vgl. Butterwegge u.a. 2017: 13ff.).

schaftlich dominierte Gesellschaft« (Butterwegge u.a. 2017: 22), einen »Kapitalismus ohne wohlfahrtsstaatliche Begrenzungen« (ebd.: 11) ab.

Allerdings ist der Ordoliberalismus im Unterschied zu anderen Varianten durch zwei zentrale Annahmen geprägt: Zum einen beinhaltet der Ordoliberalismus »das Konzept eines ›liberalen Interventionismus‹ zur Durchsetzung und Sicherung einer wettbewerbsintensiven Marktwirtschaft« (Ptak 2006: 170f.). Dieses Konzept macht einen »starken Staat« notwendig, der »den Wettbewerb notfalls auch mit autoritären Mitteln gewährleisten soll« (ebd.). Darunter fällt insbesondere die Verhinderung von Monopolstellungen, da diese Wettbewerb verhindern und verzerren und somit dessen positive Effekte schwächen würden. Zum anderen wird im Ordoliberalismus die »soziale Frage« grundsätzlich anerkannt und eine sozialpolitische Begleitung der Marktwirtschaft angestrebt. Allerdings ist damit nicht ein starker Sozialstaat gemeint, der Lebensrisiken über solidarische Mechanismen und Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums absichert. Es geht vielmehr um die »Hoffnung allgemeiner Wohlstandsmehrung durch eine funktionsfähige Marktwirtschaft, ergänzt durch soziale Hilfe in Notfällen, vor allem aber [um die] (...) ideologische[n] Stabilisierung durch soziale Formierung der Gesellschaft« (ebd.). Der letzte Punkt ist dabei entscheidend. Hier geht es um die »Notwendigkeit einer das ökonomische Programm einer liberalen ›Ordnung der Wirtschaft‹ flankierenden konservativ-traditionalen Ordnung der Gesellschaft« (Haselbach 1991: 161). Dies bedeutet im Wesentlichen, dass traditionelle gesellschaftliche Strukturen, wie insbesondere die Familie, den Menschen Halt geben und sie im Falle eines Scheiterns am Markt auffangen sollen. Die Sozialpolitik ordoliberaler Prägung zielt somit auf »die Schaffung einer neben der wirtschaftlichen Sphäre liegenden, im Wesentlichen immateriellen, ideologischen Basis zur Befriedung der sozioökonomischen Interessengegensätze innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft« (Ptak 2008: 80). Kurz: Wohlfühlatmosphäre und familiäre Abhängigkeiten statt höherer Löhne und sozialstaatlicher Absicherung ist das Ziel. Daneben wird in ordoliberalen Konzepten großer Wert auf die Förderung klein- und mittelständischer Betriebe als Grundlage der angestrebten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gelegt.

Der Ordoliberalismus verbindet also eine markt- und wettbewerbsgläubige, neoliberale Wirtschaftspolitik mit einer reaktionären, rückwärtsgewandten Gesellschaftspolitik, die den »sozialen« Rahmen bildet

und den Kitt der Gesellschaft darstellt, sowie einem autoritären Staat, der diese Ordnung schaffen und sichern soll.

Ordoliberalismus und Soziale Marktwirtschaft

Der Begriff der Sozialen Marktwirtschaft ist in Deutschland sehr positiv besetzt und bildet im allgemeinen Verständnis die Grundlage des deutschen Wirtschafts- und Sozialmodells im Sinne einer Verbindung von Marktwirtschaft mit sozialstaatlicher Absicherung. Auch die AfD bezieht sich in ihrem Wahlprogramm für die Bundestagswahl positiv auf den »Ordnungsrahmen, der in der Nachkriegszeit aufgebaut und lange Zeit unangetastet blieb« (AfD 2017: 51), und plädiert in ihrem Grundsatzprogramm »im Bereich der Wirtschaft für eine Ordnungsethik auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft« (AfD 2016: 67). Im Kontext der Auseinandersetzung mit der neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik der AfD lohnt hier ein genauerer Blick: Was versteht die AfD unter Sozialer Marktwirtschaft und was bedeutet das für den Sozialstaat, wie wir ihn kennen?

Die AfD bezieht sich in ihrem Grundsatzprogramm im Kontext des Begriffs der »Sozialen Marktwirtschaft« explizit auf die Ausprägung, die »von Walter Eucken, Alfred Müller-Armack und Wilhelm Röpke entwickelt« (ebd.) wurde, und benennt damit zugleich die zentralen Theoretiker des Ordoliberalismus. Damit stellt sie sich in eine Traditionslinie der Sozialen Marktwirtschaft, die »eine spezifische wirtschafts- und dem Anspruch nach auch gesellschaftspolitische Konzeption des deutschen Neoliberalismus nach 1945« (Ptak 2008: 71) ist. Diese ursprüngliche Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft wurde »in der Gründungsphase der Bundesrepublik zum Leitbild der Wirtschaftspolitik (...), [verlor] dann aber in der zweiten Hälfte der 50er-Jahre sukzessive an Einfluss« (ebd.: 71f.). Den Ordoliberalen, insbesondere Alfred Müller-Armack, gelang es »gegen den politischen Zeitgeist ein gesamtwirtschaftlich ausgerichtetes Wirtschaftsprogramm keynesianischer Prägung« (Ptak 2006: 171) zu verhindern und über den Begriff der Sozialen Marktwirtschaft, ein »praxisorientiertes Konzept ordoliberaler Kerngedanken« (ebd.), maßgeblichen Einfluss auf die Wirtschaftsordnung der entstehenden Bundesrepublik zu nehmen. Allerdings konnte dieser Einfluss nicht dauerhaft aufrechterhalten werden, »denn entgegen der ursprünglichen Konzep-

tion der Sozialen Marktwirtschaft entwickelte sich die Bundesrepublik über viele gesellschaftliche Auseinandersetzungen zu einem ausgebauten Sozialstaat« (Ptak 2006: 171f.).

Die Verbindung von Marktwirtschaft mit Sozialstaat, wie sie heute üblicherweise mit dem Begriff der Sozialen Marktwirtschaft verbunden wird, ist also gerade nicht die Konzeption, auf die sich die AfD bezieht, wenn sie von Sozialer Marktwirtschaft spricht. Sie bezieht sich damit vielmehr auf die Grundsätze ordoliberaler Ordnungspolitik, also auf die Verbindung von einer marktgläubigen, wettbewerbsorientierten und neoliberalen Wirtschaftspolitik mit einer reaktionären und rückwärts-gewandten Gesellschaftspolitik sowie einem autoritären Staat.

Die wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen der AfD⁴

Die ordnungspolitischen Vorstellungen des Ordoliberalismus ziehen sich wie ein roter Faden durch die verschiedenen Themenfelder des Grundsatzprogramms der AfD aus dem Jahr 2016. In ihren Positionen zur grundlegenden Gestaltung des Staates und seiner Aufgaben unterscheidet sich der ordoliberal geprägte Ansatz der AfD von anderen neoliberalen Vorstellungen. Zwar fordert auch die AfD einen »Schlanke[n] Staat für freie Bürger« (AfD 2016: 9), allerdings soll dieser zugleich »stark« (vgl. ebd.: 69) sein. »Schlank« soll der Staat im Bereich der Daseinsfürsorge, der sozialen Leistungen und der öffentlichen Dienstleistungen sein. Zu diesem Zweck schlägt die AfD Privatisierungen öffentlicher Einrichtungen vor bzw. eine Prüfung, »inwieweit vorhandene staatliche Einrichtungen durch private oder andere Organisationsformen ersetzt werden können« (ebd.).

Betrachtet man die Forderungen der AfD im Bereich der Steuerpolitik, so lassen die nach ihrer Umsetzung zu erwartenden Einnahmen des Staates auch kaum eine andere Wahl als einen »schlanken Staat«. Neben der Forderung nach der finanziellen Entlastung von Mittel- und Geringverdienern (vgl. ebd.: 73) wendet sie sich gegen die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer und möchte die Erbschaftssteuer abschaffen

⁴ Eine ausführlichere Darstellung der wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen der AfD – die in diesem Rahmen nicht zu leisten ist – findet sich bei Nocun 2016. Eine Einbettung dieser Forderungen in das ideologische Gesamtkonzept eines nationalen Wettbewerbsstaats auf völkischer Basis leistet Kellershohn 2016.

(vgl. ebd.: 75). Auch die »Wiederherstellung des Bank- und Steuergeheimnisses« (ebd.) führt im Wesentlichen zu einer Entlastung derjenigen, die über große Vermögen und Einkünfte verfügen – und diese der Steuerpflicht entziehen möchten. Daneben fordert die AfD »[a]nalog zur Schuldenbremse (...) eine verbindliche Steuer- und Abgabebremse im Grundgesetz« (ebd.: 73).

Auch diese Maßnahmen laufen auf eine Entlastung des finanzkräftigen Teils der Bevölkerung hinaus und schränken die Möglichkeiten der Umverteilung von oben nach unten ein. Der Handlungsspielraum des Staates wird damit erheblich verringert. Die Möglichkeiten des sozialen Ausgleichs über eine Umverteilung zwischen Arm und Reich und die Interventionsmöglichkeiten des Staates zur Korrektur sozialer Ungleichheiten werden dadurch massiv beeinträchtigt. Einen schlanken Staat muss man sich leisten können. Der Ersatz öffentlicher Dienstleistungen – sei es im Bereich der Bildung, des öffentlichen Nahverkehrs, des Gesundheitswesens, der Infrastruktur, der sozialen Sicherungssysteme usw. – durch gewinnorientierte private Unternehmen führt nicht notwendig zu besseren Angeboten. Und kostengünstiger werden diese nur über schlechtere Beschäftigungsbedingungen und Lohndumping zulasten der Beschäftigten in diesen Bereichen.

Welche Aufgaben der Staat haben soll, zeigt auch, welche Bedeutung die Sozialpolitik für die AfD hat: »Es bedarf neuer Konzentration auf die vier klassischen Gebiete: Innere und äußere Sicherheit, Justiz, Auswärtige Beziehungen und Finanzverwaltung.« (AfD 2016: 9) Hier ist der »starke Staat« gefragt. »Aufgaben jenseits dieser vier Kerngebiete bedürfen besonderer Rechtfertigung.« (ebd.) Das im Grundgesetz Artikel 20 Absatz 1 verankerte Sozialstaatsgebot, das die BRD als »demokratischen und sozialen Rechtsstaat« definiert und keiner weiteren besonderen Begründung bedarf, spielt für die AfD somit keine Rolle. Der Sozialstaat wird im Grundsatzprogramm der AfD dementsprechend auch nur einmal benannt (ebd.: 62), wenn auch nur im Zusammenhang mit der Forderung nach einem Schutz desselben vor Migrant_innen. Allerdings erkennt die AfD im Einklang mit ordoliberalen Positionen an, dass der Anspruch, »ein selbstbestimmtes Leben in relativem Wohlstand [...] führen« (ebd.: 35) zu können, »mit den Zielen der Wirtschaft nicht unbedingt deckungsgleich ist« (ebd.). Deshalb »muss der Staat einen angemessenen Ordnungsrahmen schaffen« (ebd.). Dieser Ordnungsrahmen wird im weiteren Verlauf allerdings sehr speziell gefasst. Die AfD versteht unter der Forderung nach ei-

ner »Reform der sozialen Sicherungssysteme« (ebd.: 36) die Herstellung von Abgabengerechtigkeit in der Sozialversicherung für Familien. Dieser Punkt dominiert das gesamte Kapitel »Arbeitsmarkt und Sozialpolitik« (ebd.: 35ff.) und zeigt die Bedeutung der Familie als zentrale sozialpolitische Instanz in der Programmatik der AfD.

Wirtschaftspolitisch bezieht sich die AfD in ihrem Grundsatzprogramm explizit auf eine »Ordnungsethik auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft, wie sie von Walter Eucken, Alfred Müller-Armack und Wilhelm Röpke entwickelt« (ebd.: 67) wurde. Deren »[z]entrale Prinzipien sind Eigentum, Eigenverantwortlichkeit und freie Preisbildung. Der Schutz des Privateigentums ist dabei genauso unentbehrlich wie offene Märkte, Vertragsfreiheit und ein freier Wettbewerb mit entsprechender Wettbewerbspolitik und Monopolkontrolle« (ebd.). Bei diesen rein angebotsorientierten Leitlinien zeigt sich die Bedeutung des »schlanke[n], aber starke[n] Staat[s]« (ebd.: 69). Auch wenn »[g]egebenfalls erforderliche staatliche Eingriffe (...) auf das notwendige Minimum zu begrenzen« (ebd.: 67) sind, bedarf es bei der Verhinderung von Monopolen gegen die Interessen wirtschaftlich starker Unternehmen durchaus eines durchsetzungsfähigen Staates. Allerdings bleibt der »starke Staat« wirtschaftspolitisch auf die Herstellung angebotsorientierter Rahmenbedingungen für Unternehmen beschränkt. Beschäftigte und ihre Rechte spielen in der Programmatik der AfD keine Rolle. Auch die Ankündigung, dass die AfD wirtschaftspolitisch »auf breiter Front deregulieren und Bürokratie abbauen« (ebd.: 68) will, ist ein Generalangriff auf erkämpfte Schutzbestimmungen, insbesondere für Beschäftigte im Betrieb.

Dies zeigt sich in den Forderungen für den Mittelstand, der für die AfD eine besondere Bedeutung hat und als »Herz unserer Wirtschaftskraft« (ebd.: 69) bezeichnet wird. Zu dessen Unterstützung will sie »deutliche Vereinfachungen zum Beispiel beim Hunger nach statistischen Daten, beim betrieblichen Beauftragtenwesen, bei betrieblichen Sicherheitsbestimmungen oder auch beim Mindestlohn« (ebd.) erreichen. Diese Maßnahmen des »Bürokratieabbaus« und der »Deregulierung« bedrohen wesentliche Eckpfeiler der betrieblichen Ordnung in Deutschland. Sie laufen zum einen – trotz des Bekenntnisses, den Mindestlohn beibehalten zu wollen (vgl. ebd.: 36) – auf eine Unterwanderung der gesetzlichen Lohnuntergrenze hinaus. Zum anderen erfolgt eine Aushebelung des betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutzes auf Kosten der Beschäftigten.

Bemerkenswert ist, dass Gewerkschaften, Mitbestimmung und Sozialpartnerschaft im Grundsatzprogramm der AfD schlicht nicht vorkommen. Auch bei der unter der Überschrift »Arbeitsmarkt von unnötiger Bürokratie befreien« (ebd.: 36) erhobenen Forderung, »ein Arbeitsgesetzbuch zu schaffen, dass [sic!] (...) die Einzelgesetze systematisch zusammenführt« (ebd.), wird das Betriebsverfassungsgesetz als Grundlage der betrieblichen Mitbestimmung in Deutschland nicht genannt. Über die Bedeutung dieses Gesetzes für die AfD lässt sich daher nur spekulieren. Allerdings gelten Gewerkschaften im »neoliberalen Politikkonzept (...) als wettbewerbswidrige Monopolanbieter des gesellschaftlichen Arbeitskräfteangebots« (Urban 2008: 355) und in ordoliberalen Konzepten hat die Verhinderung von Monopolen zur Herstellung eines »freien Wettbewerbes« eine hohe Bedeutung.

Sozialpolitische Zugeständnisse im Bundestagswahlprogramm

Das Grundsatzprogramm der AfD aus dem Mai 2016 ist – trotz aller Widersprüche und Kompromisse zwischen den verschiedenen Flügeln der Partei – sozial- und wirtschaftspolitisch relativ stringent von ordoliberalen Vorstellungen durchzogen. Eine Ausnahme ist das Bekenntnis zum Mindestlohn, um das heftige Debatten geführt wurden. Im Bundestagswahlprogramm vom April 2017 zeigt sich eine strategische Neupositionierung der AfD im wirtschafts- und sozialpolitischen Bereich. Es erfolgt eine Erhöhung der Ration des Zuckerbrotes für abhängige Beschäftigte bei Beibehaltung der Peitsche. Darin zeigen sich die gestiegene Stärke des Arbeitnehmerflügels der Partei und die Bedeutung der abhängig Beschäftigten sowie der Arbeitslosen für die Wahlerfolge der AfD. Sozialpolitische Forderungen wie »eine gesetzliche Obergrenze von 15 Prozent Beschäftigten mit Leih- oder Werkverträgen in Unternehmen« (AfD 2017: 50), eine »bedarfsangepasste Qualifizierung für Arbeitslose« (ebd.), »eine gestaffelte längere Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I in Abhängigkeit der Dauer der Vorbeschäftigung« (ebd.: 56), die Festlegung des »Arbeitgeberanteil[s] zur Kranken- und Pflegeversicherung wieder [auf] gleiche[r] Höhe wie der Arbeitnehmeranteil« (ebd.) oder auch die Forderung nach »Sicherheit im Arbeitsleben und im Alter« (ebd.: 55) sind nun durchaus vorhanden. Auch der Begriff des Sozialstaats wird positiv besetzt verwendet und man ist bereit, soziale Be-

lange bei der Reform des Steuersystems zu berücksichtigen (vgl. ebd.: 48). Zugleich formulieren die »[g]rundlegende[n] Elemente für eine prosperierende Wirtschaft« (ebd.: 51) ungebrochen zentrale Prinzipien des Ordoliberalismus als wirtschaftspolitische Leitsätze der AfD. Insbesondere die Forderung nach »Eigenverantwortung der Wirtschaftssubjekte mit dem Gegenstück Haftung für das eigene Handeln« (ebd.) kann nur als Absage an sozialpolitische Absicherung verstanden werden. Die Widersprüchlichkeiten innerhalb der AfD nehmen weiter zu.

Fazit

An den Veränderungen des Bundestagswahlprogramms 2017 im Vergleich zum Grundsatzprogramm 2016 der AfD zeigt sich die Suche der Partei nach einer Verbindung neo(national)liberalen/ordoliberalen Sozialstaatsabbaus mit der für Teile ihres Wählerklientels notwendigen sozialpopulistischen Unterstützung. Damit wandelt sie in den Fußstapfen des Front National in Frankreich und – eingeschränkt – der FPÖ in Österreich, die diese Verbindung bereits vollzogen und ihre ursprünglich radikal neoliberalen Positionen zumindest partiell »sozialdemokratisiert« haben. Ob die AfD die damit einhergehenden Widersprüche ähnlich erfolgreich aushalten und ob eine solche Verbindung mittelfristig glaubhaft dargestellt werden kann, ist derzeit offen.

Auch die wachsende Stärke des offen nationalistisch-völkischen Flügels der AfD wird Auswirkungen auf die Gestaltung der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Partei haben. Was Sozialpolitik für diesen Flügel bedeutet, lässt sich an Björn Höcke erkennen. Auf einer Kundgebung bezeichnet er die »neue deutsche soziale Frage des 21. Jahrhunderts« (Monitor 2016, ab Min. 4:40) als »Frage über die Verteilung unseres Volksvermögens nicht von oben nach unten, nicht von jung nach alt, sondern über die Frage der Verteilung unseres Volksvermögens von innen nach außen« (ebd.). Damit propagiert er – ähnlich wie in der Idee der Volksgemeinschaft der Nationalsozialisten – harmonische materielle Verhältnisse unter (völkisch) »Deutschen« und macht als zentralen Verteilungskonflikt die Frage Sozialstaat versus Transferleistungen an die EU sowie Kosten für Geflüchtete auf. Entscheidend ist damit, wer als dazugehörig betrachtet wird und wer nicht. Diese Ausrichtung steht in der Tradition der Verbindung von Rassismus und Nationalismus mit

neoliberaler Wirtschaftspolitik, wie sie bei den extrem rechten Parteien in Deutschland und Österreich insbesondere in den 1980er und 1990er Jahren ausgeprägt war. In deren Agenda wurde die »soziale Sicherheit des Wohlfahrtsstaates [...] durch das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer Volks- und Kulturgemeinschaft« (Schui u.a. 1997: 16), die »materielle Sicherheit durch überhöhte Geborgenheitsgefühle« (ebd.) ersetzt. Mit der Gründung der Vereinigung ALARM! (Alternativer Arbeitnehmerverband Mitteldeutschland) am 1. Mai 2017 hat sich der Höcke-Flügel der AfD seinen eigenen völkischen Arbeitnehmerverband geschaffen.⁵ Dessen inhaltliche Ausrichtung ist derzeit zwar noch sehr schwammig, klar ist aber, dass nun auch der offen völkisch-nationalistische Teil der AfD versuchen wird, verstärkt abhängig Beschäftigte anzusprechen.

Wie auch immer die weiteren programmatischen Diskussionen verlaufen, auf absehbare Zeit werden die sozialpolitischen Forderungen oberflächliche Garnitur bleiben, während die »deutliche Tendenz innerhalb der AfD, den Schwerpunkt weg von der Sozialen Umverteilung hin zur unsichtbaren Hand des Marktes zu lenken« (Nocun 2016: 33), bestehen bleibt.

Die wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen der AfD stehen den Vorstellungen der Gewerkschaften im Hinblick auf Gute Arbeit und ein Gutes Leben unvereinbar gegenüber (vgl. etwa IG Metall 2015: 21ff.). Würden sie umgesetzt, würden sich die Lebens- und Arbeitsbedingungen der abhängig Beschäftigten erheblich verschlechtern und die gewerkschaftliche Handlungsmacht würde massiv geschwächt. Es gilt nicht nur einem Verlust gewerkschaftlicher Organisationsmacht im eigenen Organisationsbereich entgegenzutreten, sondern auch die eigenen Handlungsspielräume bei der Gestaltung der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu verteidigen. Die Auseinandersetzung damit bietet den Gewerkschaften allerdings auch die Chance, mit ihrer Kritik an der AfD an der Wahrnehmung der Mitglieder anzuknüpfen und ihnen die Folgen einer Unterstützung der AfD deutlich zu machen. Immerhin »gehören die Gewerkschaften zu den wenigen demokratisch-zivilgesellschaftlichen Organisationen, die die frustrierten Arbeitnehmermilieus der Republik überhaupt noch erreichen« (Dörre u.a. 2016: 261).

Unerlässlich bleibt die Aufklärung der Mitglieder und Funktionär_innen, insbesondere um die Sprachfähigkeit in betrieblichen Auseinandersetzungen mit Anhänger_innen und Funktionär_innen der AfD zu

⁵ Siehe hierzu den Beitrag von Mark Haarfeldt sowie die Anlagen in diesem Buch.

erhöhen. Dies umso mehr, als zu befürchten ist, dass die AfD bei den Betriebsratswahlen 2018 mit eigenen Kandidat_innen und Listen antreten könnte. Die organisationspolitische Bildungsarbeit bietet Möglichkeiten zur intensiven Auseinandersetzung mit den wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen der AfD. Methoden und Konzepte sind in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit vorhanden (vgl. etwa IG Metall Vorstand 2016). Die praktische Erfahrung aus der Bildungsarbeit zeigt, dass Kolleginnen und Kollegen, die Sympathien für die AfD haben und mit deren Inhalten in Teilbereichen übereinstimmen, über eine Auseinandersetzung mit den wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen der AfD durchaus erreicht werden können. Die exemplarische Beschäftigung mit und die Erschließung von diesen Positionen sowie ihren potenziellen Folgen in Verbindung mit der Vermittlung gewerkschaftspolitischer Positionen kann es den Kolleginnen und Kollegen ermöglichen, wieder einen ihrer objektiven Stellung im Produktionsprozess entsprechenden Interessenstandpunkt einzunehmen. Dieser Reflexionsprozess hat auch das Potenzial, die Offenheit zu produzieren, sich mit den Forderungen der AfD in anderen Themenfeldern kritisch auseinanderzusetzen.

Positiv begriffen bietet das Themenfeld die Möglichkeit, der Agitation der AfD unter den abhängig Beschäftigten offensiv entgegenzutreten und die gewerkschaftlichen Positionen bei unserem Stammklientel zu stärken.

Literatur

- AfD – Alternative für Deutschland (2016): Programm für Deutschland. Das Grundsatzzprogramm der Alternative für Deutschland.
- AfD – Alternative für Deutschland (2017): Programm für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017.
- Butterwege, Christoph/Lösch, Bettina/Ptak, Ralf (2017): Kritik des Neoliberalismus. Wiesbaden.
- Dörre, Klaus (2016): Die national-soziale Gefahr. Pegida, Neue Rechte und der Verteilungskonflikt – sechs Thesen. Online unter: www.theoriekritik.ch/?p=2833 (zuletzt aufgerufen am 22.2.2017).
- Dörre, Klaus/Goes, Thomas/Schmalz, Stefan/Thiel, Marcel (2016): Streikrepublik Deutschland? Die Erneuerung der Gewerkschaften in Ost und West. Frankfurt a.M.
- Dörre, Klaus/Matuschek, Ingo (2013): Kapitalistische Landnahmen, ihre Subjekte und das Gesellschaftsbild der LohnarbeiterInnen. In: Dörre, Klaus/Happ, Anja/Matuschek, Ingo (Hrsg.): Das Gesellschaftsbild der LohnarbeiterInnen. Soziologische Untersuchungen in ost- und westdeutschen Industriebetrieben. Ham-

burg, S. 29-53.

Frontal 21 (2017): Wahlkampf im Ruhrgebiet. Online unter: www.zdf.de/politik/frontal-21/wahlkampf-im-ruhrgebiet-100.html (zuletzt aufgerufen am 22.2.2017).

Haselbach, Dieter (1991): *Autoritärer Liberalismus und Soziale Marktwirtschaft. Gesellschaft und Politik im Ordoliberalismus*. Baden-Baden.

IG Metall Vorstand (2015): *Gute Arbeit. Gutes Leben*. IG Metall. 23. Ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall vom 18. bis 24. Oktober 2015. Veröffentlichung der Entschlüssen, Leitanträge und Anträge. Frankfurt a.M. Online unter: www.igmetall.de/IGM_Broschuere_bce207f434607b29a545a93e8cc50b8e1e-97e3fb.pdf (zuletzt aufgerufen am 13.4.2017).

IG Metall Vorstand (2016): *Rechtspopulismus entgegnetreten. Strategien zum Umgang mit AfD, Pegida und Co. Arbeitsheft für Referent(inn)en der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit*. Frankfurt a.M.

Infratest Dimap (2017): *Landtagswahl Nordrhein-Westfalen 2017. AfD-Stimmenanteile nach Tätigkeit*. Online unter: wahl.tagesschau.de/wahlen/2017-05-14-LT-DE-NW/charts/umfrage-job/chart_95982.shtml (zuletzt aufgerufen am 17.5.2017).

Kellershohn, Helmut (2017): *Nationaler Wettbewerbsstaat auf völkischer Basis. Das ideologische Grundgerüst des AfD-Grundsatzprogramms*. In: Kellershohn, Helmut/Kastrup, Wolfgang (Hrsg.): *Kulturkampf von rechts. AfD, Pegida und die Neue Rechte*. Münster. S. 14-28.

Monitor (2016): *AFD-Programm: neoliberal, national, unsozial*. Online unter www1.wdr.de/daserste/monitor/sendungen/afd-programm-106.html (zuletzt aufgerufen am 22.2.2017).

Nocun, Katharina (2016): *Wie sozial ist die AfD wirklich? Eine Expertise zu Positionen in der AfD bei der Sozial- und Steuerpolitik*. Dresden. Online unter: www.boell.de/sites/default/files/2016-6-wie-sozial-ist-die-afd.pdf?dimension1=ds_menschenfeindlichkeit (zuletzt aufgerufen am 21.8.2016).

Ptak, Ralf (2006): *Ordoliberalismus*. In: Urban, Hans-Jürgen (Hrsg.): *ABC zum Neoliberalismus. Von »Agenda 2010« bis »Zumutbarkeit«*. Hamburg. S. 170-172.

Ptak, Ralf (2008): *Soziale Marktwirtschaft und Neoliberalismus: Ein deutscher Sonderweg*. In: Butterwegge, Christoph/Lösch, Bettina/Ptak, Ralf (Hrsg.): *Neoliberalismus. Analysen und Alternativen*. S. 69-89.

Schui, Herbert/ Ptak, Ralf/Blankenburg, Stephanie/Bachmann, Günter/Kotzur, Dirk (1997): *Wollt ihr den totalen Markt? Der Neoliberalismus und die extreme Rechte*. München.

Urban, Hans-Jürgen (2008): *Die postneoliberale Agenda und die Revitalisierung der Gewerkschaften*. In: Butterwegge, Christoph/Lösch, Bettina/Ptak, Ralf (Hrsg.): *Neoliberalismus. Analysen und Alternativen*. S. 355-373.

Zeuner, Bodo/Gester, Jochen/Fichter, Michael/Kreis, Joachim/Stöss, Richard (2007): *Gewerkschaften und Rechtsextremismus. Anregungen für die Bildungsarbeit und die politische Selbstverständigung der deutschen Gewerkschaften*. Münster.